

## Nach Bluttat in Villach: FPÖ ruft laut zum Asylstopp auf!

Aktuelle Diskussionen über Asylpolitik in Österreich: FPÖ fordert Maßnahmen gegen Asylgewalt und Asylchaos im Landtag.



**Villach, Österreich** - Die derzeitige politische Debatte in Niederösterreich steht ganz im Zeichen der Asylpolitik, insbesondere nach der tragischen Bluttat in Villach, die landesweit für Bestürzung sorgte. Martin Antauer, Sicherheitssprecher der FPÖ, hob bei einer Pressekonferenz hervor, dass solche Vorfälle keine Einzelfälle mehr sind und verwies auf frühere Gewaltverbrechen. Die Freiheitlichen fordern mit Nachdruck einen sofortigen Asylstopp, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Antauer kritisierte die Maßnahmen von Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) scharf und forderte dessen Rücktritt, da er die Sicherheitslage nicht im Griff habe. Er erklärt: „Wir leben auf einem Pulverfass.“ In der gegenwärtigen Situation bekräftigte er die Notwendigkeit klarer

Schritte zum Schutz von Frauen und Kindern, während die FPÖ die Ereignisse als „importierte Welle der Gewalt“ bezeichnete, die seit 2015 zugenommen habe.

## **FPÖ's Aktueller Plan und Sofortmaßnahmen**

Um die Sicherheit zu erhöhen, präsentiert die FPÖ in ihrer Aktuellen Stunde ein Maßnahmenpaket mit zehn Sofortmaßnahmen für den Asylbereich. Dazu zählen ein sofortiger Stopp des Asylrechts durch Notgesetz, Zurückweisungen an den Grenzen, der Stopp des Familiennachzugs sowie der Ausbau des Grenzschutzes mit physischen Barrieren. FPÖ-Landespartei sekretär Alexander Murlasits warnt, dass die „falsche Toleranz“ auf Kosten der Sicherheit der Bürger gehe. Seinen Worten zufolge ist die aktuelle Asylpolitik gescheitert, und es bedarf einer konsequenten Politik, um die Bevölkerung zu schützen. Maßnahmen wie Sachleistungen anstelle von Bargeld und die Abschiebung straffälliger Asylbewerber sollen die flüchtlingspolitische Agenda der FPÖ stützen. „Wir brauchen keine leeren Beileidsphrasen, sondern effektive Maßnahmen“, so Murlasits.

Die Diskussion um diese Themen wird durch einen Allparteienantrag gestärkt, der bedarfsgerechte Gesundheitsversorgungsstrukturen und sektorenübergreifende Behandlungsmöglichkeiten thematisiert. Die ÖVP betont hierbei, dass der Fokus auf Fairness in der Gesundheitsversorgung liegen müsse, nicht auf der Verunsicherung der Bürger. Mit diesen Maßnahmen versuchen die Parteien, in der aktuellen Lage klare Positionen zu beziehen, während gleichzeitig die Kontrolle über die öffentliche Sicherheit und Gesundheit auf dem Spiel steht. Es bleibt abzuwarten, wie sich die politische Landschaft in Verbindung mit diesen ernststen Themen weiterentwickeln wird, denn die FPÖ unterstreicht, dass dies sicherlich nicht die letzte Debatte über Asyl und Sicherheit gewesen sein wird, wie **orf.at** berichtete und **heute.at** ergänzte.

| Details        |                                                                                                                                                          |
|----------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Vorfall</b> | Terrorismus, Gewaltverbrechen                                                                                                                            |
| <b>Ort</b>     | Villach, Österreich                                                                                                                                      |
| <b>Quellen</b> | <ul style="list-style-type: none"> <li>• <a href="http://noe.orf.at">noe.orf.at</a></li> <li>• <a href="http://www.heute.at">www.heute.at</a></li> </ul> |

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**